

Plenarprotokoll

112. Sitzung

Donnerstag, 18. Februar 2016

Rechtem Populismus und rechter Hetze entschlossen entgegenzutreten 9342

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/3827

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3800/drucksache-18-3827.pdf>

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 18/3880

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3800/drucksache-18-3880.pdf>

Angelika Beer [PIRATEN] 9352

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich fange einmal mit einem „Schade!“ an. Ich finde es schade, dass Sie, Herr Daniel Günther, und auch Sie, Herr Kubicki, bei einer wirklich notwendigen Sachdebatte um schwierige politische Themen, die uns alle bewegen, jedes Mal in den Wahlkampfmodus schalten und diese Debatten vergiften, egal ob gestern in der Flüchtlingsproblematik oder heute, wenn es um Rechtspopulismus und Rechtsextremismus geht.

Ich versuche jetzt, einmal aus dem Wahlkampfmodus wieder zurückzuschalten, denn unsere Fraktion begrüßt die Initiative der Koalitionsfraktionen für diesen Antrag und für diese Debatte, weil wir sie für notwendig halten. Wer sich in den letzten Jahren kontinuierlich um die erschreckende Zunahme der Hetze durch **Rechtspopulisten** und **Rechtsextremisten** auch bei uns im nördlichsten Bundesland, Herr Kollege Daniel Günther, informiert hat, wer sich gekümmert hat und wer wie wir - ich hatte sagen wollen, wir alle, aber jetzt sage ich einfach einmal mit dem Blick zur Koalition und auf die PIRATEN wie wir - nicht bereit ist, rechtsextremem Gedankengut Platz zu lassen, weiß, dass da, wo Demokratie zur Seite rückt oder nicht vertreten ist, rechtsextreme Hetze den Platz einnimmt und die Leittragenden eben die Flüchtlinge sind. Das ist das, was wir hier präsentieren und

repräsentieren wollen, weil wir nicht bereit sind, diesem Hass, egal wo, auch nur ein Stück weit Platz zu geben.

Herr Kollege Daniel Günther hat ein **Konjunkturprogramm gegen die AfD** gefordert. Darum geht es doch gar nicht. Haben Sie sich überhaupt informiert, was in Schleswig-Holstein regelmäßig passiert - jede Woche, jeden Tag -, wie es sich verändert? Ich will darauf gleich eingehen; denn es geht ja nicht darum zu sagen: Wir leben hier im nördlichsten Land der Glückseligen, wir haben kein Problem, deswegen brauchen wir nicht darüber zu reden, sondern wir wollen aufmerksam sein und mit breiten politischen Maßnahmen versuchen, Fehlentwicklungen auch bei uns gar nicht erst richtig in Schwung kommen zu lassen. Sie wissen, dass wir die DVU im Landtag hatten, und es ist gut, dass sie sich selber wieder herauskatapultiert hat. Aber mir geht es heute um etwas anderes.

Die Fakten der letzten Monate und Jahre sind eindeutig. Es sind eben überwiegend nicht mehr die altbekannten Nazis, die uniformiert und in schwarzen Springerstiefeln versuchen, gegen andere zu hetzen. Nein, es sind zum Beispiel die Mitglieder der **NPD**, die sich im Vorfeld eines drohenden Verbots unter **AfD, PEGIDA, LEGIDA** und andere mischen und so versuchen, rechtsextremes Gedankengut gesellschaftsfähig zu machen und jene, die im Moment unzufrieden sind - das ist hier gesagt worden -, versuchen zu agitieren und in rechtsextreme Bahnen zu leiten. Das müssen wir verhindern.

Das ist übrigens kein Phänomen in Schleswig-Holstein, sondern das gibt es in ganz Deutschland. Wer sich dann auch noch die Entwicklungen auf **europäischer Ebene** anschaut, welche Bündnisse die Rechtsextremisten inzwischen schließen, dann muss ich sagen, das ist jedenfalls meine Antwort darauf: Egal wo rechtsextremes Gedankengut und Rechtspopulismus herrschen, es muss von Anfang an unsere Antwort sein, den Anfängen zu wehren.

In den letzten Monaten und Wochen sind unzählige rechte Plattformen auch bei uns in Schleswig-Holstein entstanden, im Internet, insbesondere in den sozialen Medien. Sie versuchen, **Hass** auf alles zu verbreiten, was anders ist. Das Bundeskriminalamt hat im vergangenen Jahr 1.027 Angriffe auf Unterkünfte von Flüchtlingen verzeichnet - fünfmal mehr als im Jahr zuvor. Die Gewaltakte gegen Flüchtlinge haben zugenommen. Das BKA warnt vor neuen Terrorzellen nach dem Vorbild des NSU. Wie der Präsident des BKA Münch gegenüber „Bild am Sonntag“ sagte, brauchten die Polizeibehörden schnelle Ermittlungsergebnisse und Urteile, um das Dynamit der rechtsextremen Straftaten zu durchbrechen. Noch Fragen? - Das sind Realitäten. Wenn Sie allein gestern nach Vorfällen gesucht hätten, hätten Sie ein erschreckendes Bild hier heute darlegen können. Ich nenne nur die Überschriften:

Brand in Gelsenkirchener Flüchtlingsunterkunft, geplantes Flüchtlingsheim in Sachsen-Anhalt angegriffen, Schläger verfolgen Tunesier in Chemnitzer Innenstadt, Containeranlage für Flüchtlinge in Brand gesetzt in Oberbayern, Brandanschlag von Nazis in Kahla auf Demokratie-Laden und SPD-Bürgerbüro. –

Das ist nur eine Momentaufnahme, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Menschen, die unsere Hilfe erbitten, die gerade ihr Leben gerettet haben, sind endlich bei uns und sehen sich rassistischer Hetze ausgesetzt. Auch mit dieser Resolution wollen wir zeigen, dass wir das in keiner Form tolerieren.

Wir gehen dagegen auf allen Ebenen vor: in den Medien, auf Podien, im Parlament und auf der Straße.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das scheint der CDU fremd oder unbekannt zu sein: Bekannte NPD-Kader haben gerade in Schleswig-Holstein ganzen Seiten gegründet wie zum Beispiel „Neumünster wehrt sich“. Dafür könnte ich noch viele andere Orte mehr nennen. Wir haben zum Beispiel NPD-Kommunalpolitiker in unserer Ratsversammlung in Neumünster. Wir haben monatlich mindestens ein bis zwei Demonstrationen von Rechtsextremen und Rechtspopulisten. Boostedt, Anfang Januar gegen die Flüchtlinge in der Erstaufnahme: neun Nazis - ja, nicht viel -, eine Hundertschaft und 60 Demokraten, die das nicht zulassen wollten. Neumünster, 16. Januar 2016: NPD-Kader wie der von Wulff haben eine Kundgebung angemeldet und verbreiten rassistisches Gedankengut in der Öffentlichkeit. Zwei Hundertschaften, Wasserwerfer und das breite Bündnis „Wir können sie stoppen“. Und schon für den 28. Februar 2016 steht die nächste Demonstration in Neumünster auf der Tagesordnung - wieder gegen die Flüchtlinge in der Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster.

In **Neumünster** haben wir ein breites Bündnis, das ist gut, und das ist über Jahre entstanden. Ich begrüße ausdrücklich, dass sich alle demokratischen Parteien dort engagieren, auch die CDU, nach dem Motto: „Neumünster ist bunt statt braun“. Wir stehen nicht nur auf, wenn die Nazis versuchen, auf die Straße zu gehen, sondern wir setzen eigene Schwerpunkte, die wichtig sind. Das Legen von Stolpersteinen, Baumpflanzungen zum Gedenken an Auschwitz, Filmwochen gegen rechts, jährliches Gedenken am 27. Januar, Diskussion über religiös motivierten Extremismus, Clips der Jugendlichen gegen rechts, um nur einiges zu nennen. Egal, ob PEGIDA, LEGIDA, SHEGIDA - auch im dänisch-deutschen Grenzgebiet ruft zum Beispiel SIAD - der dänische PEGIDA-Ableger - zu einer Aktion gegen den sogenannten Asylmissbrauch und gegen Islamisierung auf. Am 20. Februar wollen sie erneut symbolisch die Grenze zu Kruså schließen. **Rassistische Ideologie** macht an Grenzen eben nicht halt, und auch dagegen wenden wir uns.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten auch etwas zur Kenntnis nehmen - ich gebe zu, dass ich hier nicht die Zeit zur Ursachenanalyse habe -, aber es ist schon ein Alarmzeichen, wenn eben diese Rechtsextremisten und Rechtspopulisten, von denen ich gerade erzählt habe und von denen es leider in Schleswig-Holstein viel zu viel gibt, jetzt auch dazu übergehen, **Bürgerwehren** zu formieren. In Neumünster haben sie erste Streifzüge angemeldet, in anderen Orten ebenfalls. Das ist eine innen- und rechtspolitische Frage, aber auch eine Frage von Zivilcourage. Wir werden den Bürgern nur die Sicherheit zurückgeben können, wenn wir zum Beispiel mit einer solchen Resolution, aber auch mit politischen Konzepten ganz klar sagen: Geht nicht den rechten Rattenfängern auf den Leim, Demokratie sieht anders aus.

AfD und PEGIDA tragen die politische und gesellschaftliche Verantwortung für die verbale Verrohung der Diskussion. Deswegen rate ich allen: Lasst uns nicht nur hier Wahlkampfreden halten. Es ist eine langfristige Entwicklung, die wir gemeinsam zurückdrehen müssen. Demokratie ist stark, wenn sie in diesen Grundsatzfragen auch eine Stimme findet. - Vielen Dank.

Beschluss:

1. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/3880
2. Annahme des Antrags Drucksache 18/3827..... 9365

Ich lasse abstimmen über den Antrag der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache, 18/3827. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie der Piratenfraktion.

Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Abgeordneten der FDP- und CDU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mit der Mehrheit der Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW sowie PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen

Landtag uneins über richtigen Umgang mit Rechtspopulismus

Unter dem massiven Protest von CDU und FDP hat der Landtag eine gesellschaftspolitische Debatte geführt, in der SPD, Grüne, Piraten und SSW einen zunehmenden Rechtspopulismus in Deutschland anprangerten. Sie warnten vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise vor einer rassistischen Stimmungsmache und nahmen dabei auch Parteien

wie die AfD ins Visier. Union und Liberale bezeichneten die Debatte dagegen als „kontraproduktiv“, die Rechtspopulisten sogar Vorschub leisten könnte.

Am Ende der fast 100-minütigen Debatte verabschiedete die Koalition mit Unterstützung der Piraten eine Resolution für eine „friedliche, weltoffene und vielfältige Gesellschaft“.

Angelika Beer (Piraten) warf CDU und FDP vor, in den Wahlkampfmodus geschaltet zu haben. Es sei richtig, den Rechtspopulismus mit politischen Maßnahmen gar nicht erst „in Schwung kommen zu lassen“. Die Fakten seien eindeutig: Mitglieder der NDP würden über Bewegungen wie Pegida fremdenfeindliches Gedankengut unter die Menschen bringen. Ein von den Piraten vorgelegter Änderungsantrag wurde abgelehnt.

<http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/40/debatten/16.html>